Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm., für Inserate im Amt Aue bis 12 Uhr mittags. Für Inserate an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. Jede Anzeigenrechnung wird hinfällig, wenn die Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen erfolgt oder der Betrag beim Inkasso verloren geht. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverbindlich geschriebene Anzeigen können nicht berücksichtigt werden. Bei Konkurs oder gerichtlicher Beitreibung ist der Anspruch auf Nachlaß hinfällig. Bei Klagen oder Konkursen ist der Anspruch auf Barzahlung sofort fällig. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben oder an bestimmten Plätzen wird keine Gewähr geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 253. Sonnabend, den 30. Oktober 1920. 13. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In verschiedenen Stellen Berlins ist es zu kommunistischen Ausschreitungen gegen die Wahl von Erwerbslosenräten gekommen; der Wahlakt mußte unterbrochen werden.

•

Auf eine Anfrage teilte Lloyd George im Unterhaus mit, daß Großbritannien nicht versprochen habe, Belgien beizustehen, falls es neuerlich von Deutschland angegriffen werden würde.

•

Einer Meldung der Agenzia Stefani zufolge werden die unmittelbaren Verhandlungen zur Lösung der Adriafrage in der ersten Hälfte des November in einer Stadt Norditaliens stattfinden.

•

Einer Reutermeldung aus Peking zufolge stellt die chinesische Regierung bestimmt in Abrede, daß sie irgendwelche Beziehungen mit der russischen Räterepublik angeknüpft habe.

Oberschlesische Eindrücke.

Aus Kattowitz wird unterm 28. Oktober dem Auer Tageblatt geschrieben: Das Land der Schlote und der Schachttürme, das Land der Hütten und der Gruben, das Land, das Tag und Nacht nicht ruht, ist heute ein Land, über dem eine ungeheure Gewitteratmosphäre liegt, die, wenn sie abermals mit Blitz und Donner, mit Aufruhr und Totschlag zur Entladung kommt, das ganze oberschlesische Gebiet in ein Chaos verwandeln kann. Nur ein friedlicher Ausgleich ist möglich: die Abstimmung. Das Bestreben aller, die den oberschlesischen Interessen dienen wollen, kann deshalb nur das eine sein, die Abstimmung so vorzubereiten, daß sie wirklich in Ruhe und Frieden stattfinden kann. Die Schaffung von ruhigen und friedlichen Zuständen ist die beste, wenn auch nicht die einzige Form der Abstimmungsvorbereitung. Die deutschen Kreise Oberschlesiens sind ehrlich und mit allen Kräften bemüht, an der Herbeiführung solcher Zustände mitzuarbeiten. Die deutschen Kreise haben keinerlei Interesse an irgendwelchen Putschen, sondern alles Interesse daran, die von anderer gewissenloser Seite geforderten Putschversuche zu verhindern. Nach genauester Prüfung der Verhältnisse in Oberschlesien muß das gesagt werden und es kann gerade dieses deutsche Bestreben nicht oft genug und nicht deutlich genug wiederholt werden, schon allein deshalb nicht, weil die polnischen Agitatoren nach der Methode Haltet den Dieb nicht müde werden, das Gegenteil zu behaupten. Mit einer Abwehr polnischer Putschversuche aber ist es allein nicht getan. Eine derartige deutsche defensive Haltung kann nicht genügen, das seit sieben Jahrzehnten deutsche Land auch künftig bei Deutschland zu erhalten, weil wiederum Korfanty und seine Getreuen zu Mitteln greifen, die eine wirklich gerechte Volksabstimmung unmöglich machen. Die Mittel der polnischen Werbearbeit sind die Mittel der Korruption. Korfanty arbeitet mit den Mitteln, die in Polen gang und gäbe sind. Er verspricht sich Erfolg damit, weil er mit der moralischen Depression der oberschlesischen Bevölkerung als einer Kriegsfolge rechnet. So ist gerade in den letzten Tagen z. B. festgestellt worden, daß Korfanty nahezu 5000 bezahlte polnische Angestellte in Oberschlesien unterhält, die jedem, der nur einigermaßen solchen Dingen zugänglich ist, den Himmel auf oberschlesischer polnischer Erde versprechen. Demgegenüber muß die deutsche Aufklärung immer wieder zu zeigen versuchen, was es mit solchen polnischen Versprechungen auf sich hat, und es kann nicht bezweifelt werden, daß die Teile der Bevölkerung, die jetzt noch schwanken, am Tage der Abstimmung für Deutschland stimmen werden, wenn die deutsche Propaganda ihre Aufgabe wirklich erfüllt hat. Die Rede Grabskis auf der Finanzkonferenz in Brüssel hat jetzt bereits vielen Oberschlesiern die Augen geöffnet. Gewiß, es geht uns in Deutschland nicht gut, aber viel schlechter als uns geht es den Polen, und die Versprechen, die jetzt gegeben werden, werden ewig Versprechen bleiben. Der Wert polnischer Versprechen ist ja bereits durch das polnische Autonomiegesetz hinlänglich beleuchtet worden. Nunmehr nachdem sich die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung mit der bundesstaatlichen Autonomie Oberschlesiens einverstanden erklärt haben, ist auch in dieser Hinsicht für die deutsche Aufklärungsarbeit der Weg frei geworden, und gerade das in Aussicht stehende Gesetz über den Bundesstaat Oberschlesien wird wiederum zeigen, daß auf deutscher Seite nichts versprochen wird, was man nicht halten kann oder will.

Was die äußere Lage in Oberschlesien betrifft, so ist eine gewisse Beruhigung freilich in letzter Zeit eingetreten. Die Atmosphäre der Spannung bleibt indessen nach wie vor bestehen. Auch der polnische Terror, wenn er auch nicht mehr in der brutalsten Form wie während des Augustaufstandes, angewendet wird, fordert nach wie vor deutsche Opfer. Die großzügige polnische Spionage, die über ganz Oberschlesien ausgebreitet ist, leistet den Polen als Hilfsmittel des Terrors die Dienste, die sie von einer solchen Einrichtung erwarten. Die Grenze ist nach wie vor offen. Die Truppen der interalliierten Kommission sind nicht in der Lage, auch nur einigermaßen eine Grenzsperre durchzuführen. Nach wie vor wechseln also auch Waffenschmuggel und Verbrecher hinüber und herüber und arbeiten an ihrem Teile daran, daß das Land einstweilen nicht zu völlig geordneten Zuständen zurückkehrt. Das Rätselraten über den Abstimmungstermin wird hoffentlich in nächster Zeit durch eine Erklärung Lerouds beendet werden können, alsdann wird, das ist selbstverständlich, von deutscher wie auch von polnischer Seite eine Steigerung der Werbearbeit eintreten, die neue Konfliktsmöglichkeiten bringen kann, da die Polen eben vor keinem Mittel zurückschrecken. Die Abstimmungspolizei ist, das bestätigen alle Kenner der oberschlesischen Verhältnisse, nicht in der Lage, die Ruhe im Lande zu wahren. Soweit sie aus Polen besteht, fehlt ihr sehr häufig auch der gute Wille dazu. Von der interalliierten Kommission müssen deshalb weitere Sicherungen verlangt werden. Die wichtigste Sicherung besteht aber darin, daß sich diese Kommission endlich auf ihre Haltung besinnt, die sie nach dem Friedensvertrag einzunehmen hat, und das ist die Haltung einer unbedingten Neutralität, die mit dem festen Willen gepaart sein muß, alle die Hindernisse, die einer unverfälschten Volksabstimmung entgegenstehen, gleichviel von welcher Seite sie kommen mögen, zu beseitigen.

Neue Sabotagemethoden gegen Genf.

W. W. Frankreich hat seinen Widerstand gegen das Zustandekommen der Genfer Wiedergutmachungskonferenz erst aufgegeben, als es mit seiner Opposition allein blieb. Darum gibt es aber die Hoffnung nicht auf, Deutschland doch noch von der Beschlußfassung über die Wiedergutmachungsfrage auszuschließen. Die neueste Form des Kampfes gegen Genf ist eine raffinierte Sabotage. Frankreich hat in den letzten Tagen an England eine Note gerichtet, die in folgender Weise zur geplanten Genfer Konferenz Stellung nimmt: Nach der in Brüssel zu versammelnden Sachverständigen-Konferenz soll der Wiedergutmachungsausschuß einen Bericht für die alliierten Regierungen zusammenstellen. Die alliierten Regierungen sollen dann diesen Bericht auf der Konferenz in Genf prüfen, während deutsche Vertreter dort — wie in Spa — zum Thema gehört werden sollen. Dann soll sich die Wiedergutmachungskommission nochmals mit der Frage beschäftigen und ihre endgültige Stellungnahme treffen. Die letzte Entscheidung soll dem Obersten Rat übertragen werden.

Wir finden es im privaten wie im öffentlichen Leben als einen beliebten Trick, daß Gegner einer bestimmten Maßnahme nach vergeblichem Widerstand die Durchführung der Maßnahme selbst in die Hand nehmen in der Hoffnung, dadurch die Maßnahme auf ein falsches Gleis und damit zu Fall zu bringen. So macht es Frankreich jetzt in Bezug auf die Genfer Konferenz. Es erklärt auf einmal, das ungeborene Kind von Genf selbst ans Licht fördern zu wollen, hat aber die feste Absicht, das Kind dabei zu morden. Frankreich will die Entscheidung verzögern. Nicht weniger als fünfmal soll die Wiedergutmachungsfrage behandelt werden: 1. In der Sachverständigenkonferenz in Brüssel, 2. im Bericht der Wiedergutmachungskommission, 3. in der Genfer Konferenz der alliierten Regierungen unter Zuziehung Deutschlands, 4. nochmals in der Wiedergutmachungskommission und 5. im Obersten Rat. Frankreich scheint zu hoffen, daß zwischen jeder dieser Konferenzen Wochen und Monate liegen werden, und daß das neue Jahr begonnen haben wird, ehe die Entscheidung getroffen ist. Frankreich hofft vielleicht auch, das unter finanzieller Ungewißheit zusammenbrechende Deutschland werde es schließlich doch vorziehen, aus den Händen der von Frankreich maßgebend beeinflußten Wiedergutmachungskommission die Entscheidung entgegenzunehmen. Jedenfalls zerstört es unsere Hoffnung, daß wir endlich in dieser Parlamentssaison die Grundlage für unsere Finanz- und Wirtschaftsreform schaffen können. Die Aussichten dafür, daß die anderen Verbandmächte dem französischen Verschleppungsversuch energisch entgegentreten werden, sind leider gering. In Belgien ist das Kabinett Delacroix zurückgetreten; das neue Kabinett wird schwerlich in einer so heiklen Frage die Initiative ergreifen wollen. England durchlebt im Zusammenhang mit dem Kohlenstreik eine schwere wirtschaftliche Krise und hat über den inneren Problemen wenig Sinn für eine energische Vertretung von Plänen, welche es zu seinem Hauptverbündeten Frankreich in einen gewissen Gegensatz bringen müssen. In Italien nehmen die innenpolitischen Sorgen und die südslawische Frage die öffentliche Meinung fast ausschließlich in Anspruch. Die anderen Großmächte des Verbandes, Amerika und Japan, nehmen an den europäischen Verhältnissen nur geringen Anteil. Umso wichtiger ist es, daß unser Außenministerium entschlossen und wirkungsvoll auf der Einlösung des uns in Spa gegebenen Wortes besteht.

Die deutsche Denkschrift über die Dieselmotoren.

Nv. Die dem Botschafterrat in Paris übergebene Note enthält eine ausführliche Denkschrift der deutschen Regierung, in der diese ihren Standpunkt zu der Frage der Zerstörung der Dieselmotoren eindrücklich darlegt. Die Denkschrift weist sowohl auf die Rechtslage, als auch auf die wirtschaftliche Lage hin. Sie betont, daß die Dieselmotoren aus dem Verzeichnis der als Kriegsmaterial zu betrachtenden Gegenstände gefehlt haben, das in dem Blaubuch der interalliierten Kontrollkommission vom November 1919 aufgeführt war. Erst vier Monate später sind die Motoren in die Liste neu aufgenommen worden. Wenn die interalliierte Kontrollkommission recht behielte, so würde für Deutschland jetzt nicht nur die Verpflichtung erwachsen, sämtliche Dieselmotoren zu zerstören, ganz gleich ob sie sich in Privathand oder im Besitz des Reiches befinden, sondern es würde Deutschland auch unmöglich sein, solche Motoren in Zukunft überhaupt herzustellen. Die deutsche Regierung macht ihren Standpunkt demgegenüber geltend, daß die einzelnen Teile der abzurüstenden Unterseeboote, soweit sie für friedliche Zwecke brauchbar seien, diesen auch zugeführt werden können. Sie weist weiter darauf hin, daß es sich bei den schnellaufenden Dieselmotoren keineswegs um ausgesprochene Kriegsmaschinen handelt. In einer technischen Anlage wird dann noch klargestellt, daß der Begriff eines besonderen U-Bootsmotoren, für den der Dieselmotor von der Entente angesehen wird, ein Irrtum ist, und daß die Behauptung, der Dieselmotor könne in der Privatindustrie wegen Unwirtschaftlichkeit nicht arbeiten, ebenfalls irrtümlich ist. Der Verein Deutscher Ingenieure hat ein Gutachten erstattet, in dem besonders betont wird, daß die Verwendung der Dieselmotoren im Hinblick auf Gewicht, Raumbedarf und Kosten dringend notwendig erscheint. Von der deutschen Regierung wird dann auf die Vorfälle zurückgekommen, die mit dem Protokoll von Spa vom 1. November 1919 in Verbindung stehen. Damals sind von uns als Straflieferung ausdrücklich vier U-Bootsmaschinen gefordert worden. Das wäre gegenstandslos gewesen, wenn Deutschland ohnehin zur Vernichtung der Maschinen verpflichtet gewesen wäre. Vom wirtschaftlichen Standpunkt weist die deutsche Regierung dann noch darauf hin, daß es sich, wenn die Dieselmotoren zerstört werden sollten, um einen Schaden von 1½ Milliarden Mark handelt und daß mit der Zerstörung ein weiterer indirekter Schaden von mindestens dem gleichen Betrag verbunden sein würde. Die Denkschrift schließt mit dem Hinweis, daß Deutschland darauf angewiesen ist, die vorhandenen Werte und Hilfsmittel bis auf das Letzte auszunutzen. Nur wenn die Arbeitsfähigkeit der deutschen Industrie erhalten und weiter entwickelt wird, kann Deutschland die Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen.

Dr. Simons über auswärtige Politik.

Nachdem gestern im Reichstage ein Teil der vorliegenden 34 kleinen Anfragen abgearbeitet war und das Haus der endgültigen Annahme des Notetats zugestimmt hatte, nahm der Minister des Auswärtigen das Wort. Man wußte es schon am Donnerstag und zwar über den engeren Kreis der Abgeordneten hinaus, daß Dr. Simons gestern sprechen würde. Wenn ein Staatsmann spricht, der wirklich in jedem Worte etwas zu sagen weiß, dann sollte man meinen, daß er der allgemeinen Aufmerksamkeit gewiß sein könnte. Diese Selbstverständlichkeit scheint nicht Allgemeingut der gewählten Vertreter des deutschen Volkes zu sein. Es war beschämend, wie viele Bänke im Sitzungssaale leer blieben, und wie langsam erst die Ausführungen des Ministers die kalte Teilnahmslosigkeit des Auditoriums zu durchbrechen vermochten! Gegen das Verlangen der Entente auf Zerstörung der Dieselmotoren wäre freilich ein schärferer Ton, eine deutlichere Entschiedenheit zu wünschen gewesen, als sie Dr. Simons zum Ausdruck brachte. Doch werden die für die deutsche Weigerung vorgebrachten sachlichen Gründe ihre Wirkung im Auslande hoffentlich nicht verfehlen. In Verbindung mit der Frage der Brüsseler Konferenz, an die er die Forderung einer schnellen Verständigung über die Wiedergutmachung anknüpfte, gelangte der Minister in eine lebhafte Kontroverse gegen die Deutschnationalen, deren Parteitag in Hannover ebenso wie die Rede des Grafen Westarp am Donnerstag die Arbeit der Reichsregierung nach innen und nach außen erschwere. Mit besonderem Nachdruck und erhobener Stimme betonte Dr. Simons dann das geringe Maß an Popularität, das dem Völkerbunde in Deutschland mit vollem Rechte entgegengebracht wird. Aber er warnte zugleich, diesen Gedanken als abgetan zu betrachten. Wie der Minister den unmöglichen Charakter des Friedensvertrages zum Ausgangspunkt seiner Ausblicke auf die künftigen Beziehungen zu den uns am nächsten liegenden Völkern nahm, das entspricht dem Ernste, mit dem diese Beziehungen gepflegt werden müssen. Ueber Danzig, dessen durch und durch deutsches Antlitz er hervorhob, und über Polen kam der Minister zu Oberschlesien und wie-